

AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2000 • Zweite Sitzung • 19.09.00 • 08h00 • 00.023 Conseil des Etats • Session d'automne 2000 • Deuxième séance • 19.09.00 • 08h00 • 00.023



00.023

Nove-it. Finanzierung

Nove-it. Financement



VILLIGER KASPAR

Villiger Kaspar (,): In einigen Bereichen ist schon ähnliche Kritik laut geworden. Es ist gesagt worden, bei Bundesämtern, in denen die Informatik mehr als nur ein Hilfsinstrument ist, könne man dieses Modell nur schwer anwenden; man müsse dort viel mehr Informatik belassen und könne diese partielle Aufteilung zwischen Leistungsbezügern und Leistungserbringern nicht machen. Es ist in der Tat so, dass die Informatik beim Bundesamt für Statistik eine ganz wesentliche Kernressource ist.

Anderseits mussten wir die Prinzipien, die wir hier definiert haben, natürlich konsequent durchziehen. Wenn wir irgendwo andere Lösungen zulassen, führt das dazu, dass sofort Anschlussbegehren kommen und dieses Modell schliesslich fast nicht mehr durchsetzbar ist. Aus diesen grundsätzlichen Erwägungen mussten wir das Prinzip bei der Zentralen Ausgleichstelle in Genf und beim Bundesamt für Statistik konsequent durchsetzen. Beim BFS sucht das EDI ja mit sehr viel Einsatz nach Lösungen, die den an sich berechtigten Anliegen des BFS entsprechen.

Auf der anderen Seite darf aber die Idee des Projektes nicht unterlaufen werden. Wenn wir unser Projekt mit der Privatwirtschaft vergleichen, so sehen wir, dass wir längst nicht so weit gehen. Wenn Novartis etwas Vergleichbares macht, so gibt es – mit Ausnahme des Forschungsbereiches – ein Zentrum und basta. Das wäre bei uns wahrscheinlich nicht durchsetzbar gewesen. Aber mit diesem Kompromiss, mit dem wir auf ein gewisses Potenzial verzichten, können wir doch einen Quantensprung machen.

Frau Berger hat von den Entwicklungen gesprochen. Da gibt es eigentlich zweierlei. Es gibt Entwickler, die durchaus zentral beschäftigt werden können, etwa in der Büroautomatik oder bei Querschnittaufgaben. Es gibt aber auch amtsspezifische Entwicklungen. Beim Bundesamt für Statistik hat man da meines Wissens einen Kompromiss gefunden. Ein Teil, in der Grössenordnung von dreissig Stellen, wird nach Bern kommen. Ein grosser Teil, insbesondere projektbezogene Entwicklungsaufgaben, wird aber am bisherigen Ort bleiben, so dass dort auch das Know-how erhalten bleibt. Das Bundesamt für Statistik wird tendenziell ja eher wachsen, so dass die betroffene Region nicht benachteiligt wird, was die Zahl der Arbeitsplätze betrifft. Dasselbe trifft auch auf die ZAS zu.

Durch die Notwendigkeit einer rationellen Verwaltungstätigkeit ist allerdings ein Druck entstanden, welcher der einmal in Mode stehenden Dezentralisierung und Auslagerung von Bern, für die ich Verständnis habe – etwas nach Biel, etwas nach Genf, etwas nach Neuenburg –, gewisse Grenzen gesetzt hat; ich denke da auch an das Tessin. Das gilt nicht nur für die Informatik. Wir haben das Geld nicht, um die Verwaltung zu vergrössern. Wir müssen möglichst rationell arbeiten. Gleichzeitig sollten wir dezentralisieren. Dezentralisierung bedeutet aber mehr Kosten – da kann man machen, was man will. In diesem schwierigen Spannungsfeld versuchen wir, einen Mittelweg zu finden. Ich verstehe aber durchaus, dass das, was wir heute tun können, nicht alle Regionen voll befriedigt.

AB 2000 S 492 / BO 2000 E 492

27.10.2025

1/1